

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

235 (9.10.1919)

Millionen Mark für das Halbjahr gerechnet werden. Für Grundstücksverwertungen, Neubauten und größere Umbauten zwecks Unterbringung der Besatzungstruppen im Rheinland werden 20 Millionen Mark verlangt werden. Dieser Betrag wird ebenfalls überschritten werden. Endlich werden 40 Millionen Mark gefordert für die Beschaffung von Verpflegungsvorräten durch die Reichsverpflegungsämter des besetzten rheinischen Gebietes. Auch hier ist die Endsumme noch nicht zu übersehen.

Die deutsch-nationale Hege im Auslandsbild.

gr. Wer auch nur eine Ahnung von der politischen Situation Deutschlands hat, muß sich im klaren darüber sein, daß wir durch den von den alten Gewalten verurteilten Zusammenbruch Deutschlands auf Gedeih und Verderb auf die Sympathie der übrigen Welt angewiesen sind. Jeder Deutsche, der es gut mit seinem Volke meint, hat daher alles zu unterlassen, was den Haß gegen Deutschland weiterlebt und stärkt, jenen Haß, den die schandvollen Handlungen des alldeutschen brutalen Gemaltesystems in der ganzen Welt — auch bei den neutralen Völkern — gegen Deutschland erregt. Welche Kräfte des deutschen Volkes haben diesen Gedanken richtig erkannt. Nur eine Schicht in Deutschland hat nichts gelernt, will nichts lernen: Die alldeutschen Verderber von Reich und Volk, die Klame von Junkern, Professoren und Militärs, deren Gedächtnis uns Feinde und Krieg, U-Bootkrieg und Westfront, Verderben und Untergang brachte — sie profen, schreien und getern noch gerade so, als ob nichts passiert wäre, als ob sie noch die Herren von Deutschland, ja die Gebieter Europas wären. Wie sehr uns das schadet, erleben wir aus jeder Note der Entente, aus all den Schwierigkeiten, die uns bereitet werden, wenn wir uns bemühen, wieder Frieden mit dem übrigen Teil der Erde anzuknüpfen, von dem Deutschland nur einen winzigen Bruchteil ausmacht. Es ist eine unerfennbare Tat der „Karlsruher Zeitung“, des amtlichen, höchsten Staatsorgans, daß sie sich bemüht, im Volke Klarheit darüber zu verbreiten. In einem sehr interessanten Schweizer Brief ihres Schweizerischen Mitarbeiters macht dieser darauf aufmerksam.

„Daß die fortwährende gottähnliche Behandlung der deutschen Heerführer überall im Auslande sehr auffällt und als eines der zahlreichsten Anzeichen von der unüberwindlichen Verfestigung Deutschlands hingenommen wird. Während des Krieges in Leitartikeln und Anekdoten, Broschüren und Büchern, Gedichten und Liedern, Bildern und Statuen, Verleihung von Würden und Titeln über alle Weiten geht, gelten die deutschen Generale auch jetzt noch in der Niederlage als Trojaner. Da dies aller Erwartung und allein Beispielen der Geschichte widerspricht, so bleibt nur die Annahme, daß bei völliger Erschlaffung oder Betäubung des Volkes die alten Gewalten in Wirklichkeit geistig noch die herrschenden sind.“

Aus diesen Tatsachen erklärt sich die misstrauische Haltung des Auslandes. Umso mehr werden jene Feilen bemerkt, die wie die wüdische Haltung des ersten, gemäßigten, höchsten Staatsorgans das Ringen nach voller Wahrheit verurteilt.

Erkenntnis des deutschen Volkes über die Verbrechen seiner früheren preußischen Machthaber und über die schändlichen Verbrechen, die ihm diese zuteil werden ließen, ist ein erstes Erfordernis zur Hebung unseres politischen Auslandsbildes und zur politischen Gesundung des deutschen Volkes. Denn nicht mit Unrecht zitiert der Artikel der Karlsruher Zeitung die Deutschlands Zukunftsrichtung umschreibende Ansicht des hochverehrten Professors Dr. Förster in München: „Der Zusammenbruch des schuldigen Deutschlands mußte die Ueberzeugung von dem Vorhandensein und dem ewigen Walten sittlicher Weltgesetze festigen und jeden Denkenden im Glauben an die unerschütterliche Macht der Wahrheit stärken. Dem deutschen Volke stehen heute in der Tat nur noch zwei Wege offen. Entweder erwacht es aus dem Nard der Unternunft und hört wieder auf die allein emporführende und rettende Stimme des Weltgewissens, oder es rennt weiter auf dem finsternen Wege der Selbstverblendung ins Verderben. Unerbittlich rückt der Feiger der Zeit auf

die Stunde, wo es für Deutschland kein Beharren im Heute mehr gibt. . . .“

Preissteigerung als Folge des Abbaus der Zwangswirtschaft.

Zu dem 1. Oktober ist nun auch der Vertrieb von Kupfer und Aluminium für den Handel freigegeben worden, ebenso wie schon seit längerer Zeit Blei und Zink ohne Kontingentzettel verkauft wurden. Die Folgen der Freigabe sind dieselben wie in allen sonstigen Fällen: sie bestehen in einer starken Preissteigerung. Für Blei und Zink ist sie bereits eingetreten, für Kupfer und Aluminium angefangen. Die Verwirlichung wird nicht lange auf sich warten lassen. Das ist eben der eigentliche Sinn des Verlangens nach dem sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft, die Absicht des Unternehmers, die Preise und damit die Profite zu erhöhen.

Die Verbilligung der Lebensmittel.

Die Nationalversammlung hat sich — wie bereits gemeldet — ausführlich mit der Frage beschäftigt: wie unter je erschwerend geringerer Geldwert, welche Tatsache volkswirtschaftlich so lebensgefährliche Folgen für uns mit sich bringt, gehoben werden kann. Die Vorschläge, die in dieser Frage von der Reichsregierung gemacht wurden, zeigen von größtem Verständnis für die arbeitende Bevölkerung. Reichsfinanzminister Erzberger führte u. a. aus:

„Wenn Sie die Valuta heben wollen, müssen Sie die Arbeitskraft des deutschen Volkes heben und stärken. Das hat dadurch zu erfolgen, daß den Arbeitern ausreichende Nahrung zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Der Abgeordnete Wurm (N. S. P.) hat kein Recht, zu sagen, daß wir hier nur Worte machen, denen keine Taten folgen. Die Regierung hat wieder 3 1/2 Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel ausgemessen für den Zeitraum eines halben Jahres. Die Regierung tut also mehr, als diejenige Partei getan hat, der seinerzeit der Abgeordnete Wurm (N. S. P.) angehört hat. Diese 3 1/2 Milliarden sollen dazu benutzt werden, um Fett und Fleisch auf dem bisherigen Preisstand zu halten. Diese Preispolitik wird die Regierung systematisch weiterführen. Was den Kurs der Mark anbetrifft, so ist der Inlandswert der Mark höher als ihr Auslandswert. Wir müssen so lange wie möglich zu verhindern suchen, daß hierin ein Ausgleich erfolgt, und wenn er erfolgt, dann nur nach der Schätzung des Inlands, mit anderen Worten, es muß dann eine höhere Bewertung der Mark im Auslande eintreten.“

Damit hat das Reich in einem Jahre rund 7 Milliarden Mark für Verbilligung der Lebensmittel ausgegeben. Der Inlandswert der Mark ist einzig durch die Zwangsbeschränkung, durch die zwangsweise Niederhaltung der Preise, so hoch erhalten worden. Grund genug, daß wir uns mit allen Mitteln gegen die Wiedereinführung des freien Handels wehren. Er würde heute Selbstmord bedeuten.

Deutschland ist für den Ausländer heute das billigste der am Kriege beteiligten Länder.

Portugal.

Revolutionäre Bewegung.

Lisboa, 7. Okt. Die portugiesische Regierung veröffentlichte vor einiger Zeit eine Note, in welcher sie ihrer Besorgnis hinsichtlich der Gefahr eines neuen Eisenbahnerstreiks mit revolutionärem Charakter Ausdruck gibt. Die Ueberweisung von 68 gewerkschaftlich organisierten an die Gerichte habe die ersten Zwischenfälle hervorgerufen. Im Anschluß an eine Geheimversammlung begab sich eine Gruppe Organisierter vor das Gefängnis von Limoeiro mit der Absicht, es zu stürmen, worauf Rufe wie „Es lebe die Anarchie!“ laut wurden. Die Truppen griffen ein und zertrümmerten die Manifestanten. Es wurde befohlen, daß alle Geschäftshäuser und alle nach der Straße gelegenen Fenster zu schließen sind. Ein Aufstand der Einführung des Achtstundentages hat die Erregung noch verstärkt. In Lissabon ist der Streik der

Eisenbahner ausgebrochen und hat sich über ganz Portugal ausgebreitet. Die Truppen halten die strategischen Punkte der Stadt mit Maschinengewehren besetzt.

Kleine Nachrichten.

Neue Massenausweisungen aus dem Elsaß. In Elzach-Rothringen finden laut „Voss. Ztg.“ neuerdings wieder Massenweisungen statt.

Frühe Aussichten. Die durch die Kohlennot verursachte schwierige Verkehrslage in Deutschland droht sich zu einer Kartoffelkatastrophe auszuwickeln. Es fehlt an Verkehrsmitteln, um die Kartoffeln, wie der „Vortwärts“ schreibt, rechtzeitig, noch bevor die Fröste einsetzen, nach den Städten zu bringen.

Das deutsche Luftschiff „Bodensee“ in Stockholm. Das heute 3.30 Uhr in Staken aufgestiegene Luftschiff „Bodensee“ landete um 1 Uhr glatt in Stockholm und verließ die Passagiere, trat um 2 Uhr die Rückfahrt an und wird um 10 Uhr abends in Staken eintreffen.

Eisenbahnkatastrophe. Bei Pareli zwischen Venega und Salsillo (Mexiko) entgleiste ein Eisenbahnzug. Es wurden 60 Personen getötet und zahlreiche verwundet.

Freies Räuberland. In Riga drängen Räuber am helllichten Tage in das Gebäude der Nordischen Bank und beraubten die Kasse um etwa eine Million Mark. Darunter befand sich die Spende der amerikanischen Juden zu Gunsten der notleidenden jüdischen Bevölkerung Rigas. Zehn Angestellte wurden im Saalraum, etwa 20 Anwesende im Korridor eingesperrt. Man ist den Räubern auf der Spur.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Unersättlich. In Müllheim fand eine Versammlung der Bezirks- und der Ortsbauernräte des Markgräflerlandes statt, in der fast sämtliche weinbaureisende Gemeinden vertreten waren, die gegen die vom Landespreisamt festgesetzten Weinhöchstpreise protestierten. Es wurde eine Entschlüsselung an das Ministerium des Innern nach Karlsruhe gefordert, in welcher verlangt wird, daß für die Weinerte 1919 Höchst- und Höchstpreise in irgend welcher Form nicht festgesetzt werden und daß eine unbeschränkte Ausfuhrgenehmigung nach deutschen Nachbarstaaten, vor allem nach Würtemberg, zu gewähren sei. — Der großen Masse des Volkes kann es ja schließlich gleichgültig sein, wie hoch noch die Preise für den Wein getrieben werden, denn schon die jetzigen Preise verdrängen den Arbeiter nicht mehr den Genuß eines Viertels Wein. Wir registrieren deshalb obige Forderungen der „Bauernräte“ nur als „Zeichen der Zeit“.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 8. Oktober.

Der Präsident eröffnete die Sitzung um 1.20 Uhr und macht Mitteilung von dem Aienrat auf den Abg. Haase. Er sprach die Hoffnung aus, daß keine schlimmen Folgen eintreten möchten. Erste Körperliche sollen nicht berlegt sein. Ueber die Worte zu der Tat ist nichts bekannt. Ich nehme an, im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem Abg. Haase, seiner Familie und seiner Partei unsere Teilnahme ausdrücke. (Das Haus hatte sich erhoben.)

Der Präsident macht weiter Mitteilung davon, daß, da Herr Abg. Haase heute nicht, wie vorgesehen sei, zum Hausfall sprechen könne, die Weiterberatung nach der Rede des Abg. Strejcek, man ausgefetzt werden solle. Zur

zweiten Beratung des Haushalts, Art. Reichsfinanzler erhält das Wort

Abg. Strejckmann (D.B.): Die unüberwindliche Annahme des Betriebsrätegesetzes scheint mir nicht so sicher zu sein wie dem Reichsfinanzler. Außerdem lag kein Grund vor, das Kaiserliche Deutschland in seiner sozialen Gesetzgebung anzugreifen. Die Regierung muß sich auch die Arbeitslust der Führer auf wirtschaftlichem Gebiete sichern, und zwar der Unternehmer des industriellen Mittelstandes. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeit wird in unserer Zeit nicht produktionsfördernd wirken, sondern zu politischen Kämpfen zwischen den Arbeiterparteien führen. Hoffentlich müssen wir den Eintritt der Demokratie in die Regierung nicht mit der unüberwindlichen Annahme des Betriebsräte-

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

90 Auch die Bräuers hatten sich auf den Weg zum Ablass gemacht: der Mann, die Frau, das Setzchen, der Sohn und die Schwiegertochter. So waren sie ein ganzer Trupp. Valentin hatte erst nicht mitgewollt, aber die Mutter hatte ihm zugeredet: warum wolltest er sich ausschließen? Weiß Gott, er kam auf viel bessere Gedanken, wenn er mitging! Und ein forschender Blick hatte sein nachdenkliches Gesicht gestreift: fühlte er sich nicht wohl, warum er jetzt oft so still? Aber er hatte sie beruhigt: nein, er war ganz gesund, sie brauchte sich nicht zu sorgen. Er war eben nur nicht mehr der ledige Burche, er war nun ein Chemann, der was zu bedenken hatte. War es nicht zum Beispiel unrecht, daß er jetzt fortging und den Krug allein ließ?!

Darüber war Stasia nun ganz ruhig. Sie lachte: alleia —?! Der Vater war ja da und führte die Luft! Valentin erwachte nichts hierauf, aber sein Gesicht zeigte, daß ihn das durchaus nicht beruhigte. Stasia sah es, und ihr Ton wurde gereizt: dann hätte er doch zu Hause bleiben sollen, hatte sie ihn etwa dazu gedrängt, mitzugehen, he? Das war es ja gerade. Daß sie ihm so wenig zugeredet hatte, das hatte Valentin nun doch bestimmt, mitzugehen. Er wollte nicht immer derjenige sein, der beiseite stand, wenn sie mit Pan Szule sprach. Und daß dieser sich einfinden würde, das war er gewiß. Ein dumpfer Groll gegen den Zuspätkommer erfüllte ihn. Der hatte ihn zwar nie etwas zuleide getan, war stets höflich, aber wenn der nur die Wirtsstube betrat, wurde ihm schon heiß und kalt. Er mochte es nicht, wenn der so vertraut mit Stasia sprach, wenn der mit Stasia lachte und er nicht mitlachen konnte. Ja, wie er ihn hasste den — den — Poladen!

Formals hatte er sich oft über den Vater bewundert — war's nicht gleich, ob polnisch ob deutsch? Aber jetzt — ach! Er seufzte, als er Stasia vor sich hergehen sah, mit der ganzen Zierlichkeit, die ihr eigen war. Wie er dieses Weiß liebte, so von ganzer Seele, so über alle Maßen, — aber liebte sie ihn? Die heißen Blicke seiner weit gewordenen Augen hingen sich an sie. Ach, wenn sie doch von Glas wäre, daß er sie durch

und durch gucken könnte! Mochte sie ihn wirklich leiden? Oder war er doch immer noch der Niese, der Fremde?!

Er wollte ihr ja alles zuliebe tun. So viel volnisch hatte er schon gelernt, oder immer noch nicht genug, immer noch nicht genug — sie war noch immer nicht fein!

Gehörte sie nicht jemand anderem viel, viel mehr? Aber wer war dieser andre? Wenn er das nur wüßte! Alle Menschen, mit denen sie sprach, ließ er bei sich vorüber postieren: ihre Eltern, den Wirt, Pan Szule — alle — er haszte sie alle.

Aber allein schuld waren die nicht! Mit einer trübseligen Frage irrte sein Blick über das weite Land — was trennte ihn denn noch von ihr?

Aber nicht, gar nichts, es war ja nur seine eigne Dummheit, die ihn quälte! Konnte man wohl eine bessere, eine schönere Frau finden?

Und war's nicht auch schon hier in Polen? Auch in Polen ließ sich leben, so gut wie am Rhein. „Valentin, Valentin Bräuer“, sagte er zu sich selber und gab sich mit der hohen Gond einen Schlags vor die Stirn, „sei doch nit so dumm!“ Und mit einem plötzlichen Entschluß näherte er seinem jungen Weibe leise von hinten und drückte ihr einen Kuß auf die Schulter.

Sie schrie auf. „Was freu, was für ein frecher!“ Aber dann lachte sie unbändig: ach, der Walek war's! Der küßte ja die Schulter, wie einer von hierzuland! „Da — da — auch den Kleiderärmel!“ Sie hielt ihm ihren Ellbogen hin. Und: „Da — da auch: „habam do no!“

„Lacht doch die Dummheiten“, sagte Vater Bräuer. Es ärgerte ihn, daß der Junge sich so zum Narren halten ließ. „Gelt dat doch auf.“ brummte er.

Aber die Schwiegertochter lachte: „Wenn er doch will!“ Und Valentin an der Hand lassend, zog sie ihn mit sich, ein wenig abseits von den andern und fiel ihm da, abgedeckt von einem strauchartigen Holzstirnbaum, der am Grabenrand stand, um den Hals. „Walek, mein Vieber, o du meine Seele, komm, küsse mit!“

So liebesüß war sie lange nicht gewesen. Es durchrieselte den jungen Mann wie ein Feuer. Ach, wenn er nur erst Vater wäre, wenn sie nur erst einen kleinen Jungen kriegen oder ein kleines Mädchen, gleichviel, nur ein Kind, dann würden sie sich doch ganz anders verstehen! Ein Blick ging ihm

plötzlich auf am grauen Horizont, eine Hoffnung, leuchtend wie die Sonne: ein Kind, ein Kind mußten sie nur erst haben! Wenn das in der Wiege lag, dann war alles, alles gut!

Fürlich seine Frau an der Hand behaltend, ging er mit ihr auf die Kapelle zu.

Dort war der Ablass in vollem Gang. Bifar Gorka, unterstützt von dem Geistlichen eines Nachbarortes, verlas den Dienst. Er sah blaß und erschöpft aus; die Anstrengung war sehr groß.

Die Bräuers zogen auch um den kleinen Altar, von dem die schwarze Muttergottes herunter sah, in der Reihe mit den andern, feierlichen Schrittes. Nun hatten sie auch gebetet und gepöfert und dann den Ablass bekommen wie die andern. Nun wollten sie auch noch aus der als wunderbar geltenden Quelle schöpfen; es waren ihrer viele da, die daran glaubten. Müde und vom Staub des Alters entzündete Lider hatten sie alle, und ein paar Greise bückten und bückten sich immer wieder und bespülten mit der heißen Hand lange und unbeschäftigt ihre erlöschenden Augensterne.

Stasia, die drinnen in der Kapelle ein Gesicht gemacht hatte, frömmte wie das Madonnenbild selber, war hier außen übermütig lustig. Auf den sprossenden Haaren hatte sie sich niedergelassen. O, sie hatte es nicht nötig, sich die Augen zu waschen! Sie schöpfte nur zum Trinken und spritzte dann ihrem Mann vom Wasser ins Gesicht: „Auf daß du sehest!“

Er wachte sich lachend mit dem Rodärmel die Tropfen ab, die ihm von reichlichen Guß über Stirn und Lider rannen. Als er wieder schauen konnte, sah er plötzlich Pan Szule stehen. — zum Donnerwetter, hatte der sich doch eingefunden?

Der Inspektor schloß sich den Bräuers an; auf dem Nachhauseweg ging er mit Stasia. Vergebens suchte Valentin bei ihnen zu bleiben — bald waren sie weit vor, bald allein zurück — er mußte sich nicht zu erklären, wie es zugehen konnte, daß sie ihm immer wieder entschlippten.

Zulest gab er's auf und ging allein. Er ließ den Kopf auf die Brust hängen und brütete vor sich hin. Vor ihm her gingen Vater und Mutter und führten das Setzchen in der Mitte; andächtig gingen sie alle drei und sprachen wenig. Frau Setzchen betete jetzt nicht mehr den Rosenkranz wie auf dem Heimweg, aber es war gewiß, daß sie noch in ihrem Innern betete; ihr Blick war fromm.

(Fortsetzung folgt.)

gehet bezahlet. Der Reichswirtschaftsrat muß eigene Initiativen haben ohne parteipolitische Einflüsse. Das angekündigte Heimstättengesetz begrüßen wir. Bei der allmählichen Wiedereinführung der freien Wirtschaft muß den führenden Stellen, dem christlichen Handel wieder der ihm zustehende Einfluß eingeräumt werden. Das Offiziersgeschäft soll geändert werden, damit nicht noch mehr Anteile von wichtigen großen Instituten in die Hände der Feinde übergehen. Meine Freunde lehnen den monarchistischen Putsch entschieden ab, aber innerhalb der Verfassung für den monarchischen Gedanken zu wirken, halten wir für unser gutes Recht. Was meint der Reichskanzler damit, die sogenannte Vaterlandsliebe der Deutsch-Nationalen dürfe man nicht länger frei herumlaufen lassen? Will man den von den Sozialdemokraten einst so heftig bekämpften Belagerungszustand noch schärfer anwenden? Die Regierung sollte doch nicht allzu sehr betonen, daß wir die Bedingungen des Friedensvertrages restlos erfüllen müssen. Wenn sich in Rußland der Bolschewismus noch hält, so nur darum, weil die herrschenden Mächte sich ganz von den bolschewistischen Grundtendenzen abgewandt haben. Die rote Garde ist ganz nach den Wünschen der zaristischen Armee aufgebaut. In den Provinzen herrscht eiserne Disziplin wie unter den alten Zaren. Wir glauben, die Hoffnung nicht aufgeben zu müssen, daß auch wir wieder in eine bessere Lage kommen werden, aber nur, wenn wir zurückkehren zur alten Einfachheit, Ordnung und Unterordnung. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske kommt auf die baltische Frage zurück. Es ist jetzt nicht erstreblich, wenn Preußen oder Abgeordnete auf die Truppen so einwirken, als ob sie recht hätten, dort zu bleiben. Das Vaterland muß vor neuen Bedrohungen bewahrt bleiben. Der Aufbruch des Majors Bismarck ist ein Zeichen von Unbotmäßigkeit, der alles Maß überschreitet. Es wird gegen ihn kriegsgerichtlich vorgegangen werden. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. Ich richte im übrigen an die Presse die Mahnung, unsere Arbeit nicht zu erschweren. General von der Goltz ist ganz korrekt vorgegangen. Es ist gemeingefährlich, wenn die Truppen von ihren Führern in ihrer Widerstandsfähigkeit besätzt werden. Ich kann den Deutsch-Nationalen diesen Vorwurf nicht ersparen. Das Wort der Offiziere hat sich immer aus armen Leuten zusammengesetzt, die ihre Ehre darin gesehen haben, ihr Vaterland zu verteidigen. Weiter haben sie nichts zu sagen. (Lärm und Widerspruch rechts.) Das bisherige militärische Apparat, das mit ungeheurer Mühe aufgestellt wurde, wird jetzt abgebaut. Ein Pamphlet, das die Soldaten in ihrem Widerstande besätzt, ist von der „Deutschen Tageszeitung“ im Auftrage des Parteivorstandes der Deutsch-Nationalen gedruckt worden. Ich habe Strafantrag gestellt. Solange wir die Geschichte der Regierung führen, wird unsern Worten, wenn möglich, auch die Tat folgen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Das Kapitel Reichskanzler wird bewilligt. Es folgt die Beratung der

Reichsjustizverwaltung. Abg. Waldstein (Dent.): Das Amt des Reichsjustizministers wird von höherer politischer Bedeutung, wenn die Beziehungen der Völker auf das Recht gegründet werden sollen. Ebenso wird in einer demokratischen Regierung die richtige Stellung der Justiz von größter Wichtigkeit sein.

Der Präsident bittet, da demnächst schon der neue Etat eingehen wird, bei der Beratung dieses Etats nur das Allernotwendigste vorzubringen. Dies entspricht dem Wunsch des Verfassungskomitees.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich bin ganz damit einverstanden, daß die Politik nicht in das Recht eingeführt wird. Es muß der Rückweg zum Rechtsstaat gefunden werden, aus der Revolution zum Gesetz. Was eine Anfrage des Abg. Waldstein angeht, so bemerke ich, daß eine Amnestie jetzt nicht beabsichtigt ist. Es wurde davon zu viel Gebrauch gemacht (Zustimmung) und das ganze Wesen der Amnestie paßt nicht in den heutigen Staat. Entwürfe zur Strafrechtsreform und zur Gerichtsverfassung sind in Arbeit und werden demnächst dem hohen Hause vorgelegt, wie sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. (Beifall.) In dem äußeren Aufbau der Strafen und in dem inneren Gefüge des Rechts muß die vollständige Rechtsanschauung zum Ausdruck kommen. Ich werde auf einen sorgfältig durchgearbeiteten Richterstand nicht verzichten, aber ebenso soll dem Laienrichterrecht der ihm gebührende Platz werden. (Beifall.)

Abg. Cohn (U.S.) verlangt Abänderung der Schulgesetzbestimmungen; Amnestie für politische Vergehen sei auch in der Republik angebracht.

Abg. Singheimer (Soz.): Untersuchungsbehörden und Strafvollzug müssen gründlich reformiert werden. Ebenso nötig sei eine geistige Reform der Justiz.

Reichsminister Schiffer: Es wäre zu erwägen, ob die Ausbildungsfrage der Juristen von Reichswegen zu regeln ist. Gewiß muß der reine Formalismus bekämpft werden. Nicht müssen aber möchte ich den rechtsgerichtlichen Interdikt.

Der Haushalt der Reichsjustizverwaltung wird ohne weitere Erörterung angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Wurm (U.S.) berichtet über die Ausführoverhandlungen.

Abg. Dr. Wirth (Str.) bittet um baldige Neuregelung des Versorgungswehens, damit die Einzelstaaten nicht voneinander abweichende Stellen und Tarife für ihre Beamten und staatlichen Arbeiter aufstellen.

Finanzminister Erbsberger: Ein einheitlicher Plan der Finanzreform ist sehr wohl vorhanden. Das Reich wird jetzt selbst Herr seiner Steuerquellen und Ausgaben. Das ist ein wichtiger Schritt zum Einheitsstaat. Die deutschen Länder müssen große Opfer bringen. Die Organisation der Landesfinanzämter ist nicht ganz fehlerlos, sie ist aber an einzelnen Stellen gut. Nach ein oder zwei Jahren könnte sie nach den gemachten Erfahrungen reichsgefällig neu geregelt werden. Anzuweisen dürfte auch der deutsche Einheitsstaat weitere Fortschritte gemacht haben. Wir brauchen auch ein Steuerrecht. Die Reichsabgaberechnung muß schleunigst verabschiedet werden. Damit wäre dann das Fundament gelegt zum weiteren Ausbau. Das Reich kann nicht warten, bis alle Gesetze verabschiedet sind. Darum muß die Steuervorlage vorweggenommen werden, die das Vermögen in seiner Gesamtheit befaßt. Dazu verpflichtet uns die Finanznot des Deutschen Reiches. Die neue Verwaltungsordnung soll vorgelegt werden, so daß sie im Frühjahr 1920 in Kraft treten kann, vorausgesetzt, daß die Verzeigerung der Eisenbahn und Post noch in diesem Winter erfolgt, wozu Hoffnung vorhanden ist. Das Ministerium hat mit den direkten Verhandlungen mit den Beamten der Steuer- und Polizeiverwaltung die besten Erfahrungen gemacht. Auch bei der neuen Verwaltungsordnung werden sich die direkten Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen empfehlen.

Abg. Stöck (Soz.) will die Landesfinanzämter der Unterelbe und Oberelbe anders geregelt wissen. Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums wird angenommen. Darauf verlegt sich das Haus auf morgen 1 Uhr: Interpellation Scheidemann wegen der Lederpreise und Fortsetzung der Haushaltsberatung. — Schluß 1/2 Uhr.

Badische Politik.

Die Herren Unabhängigen in Baden

Sind seit Wochen in andauernd gesteigerter Aufregung. Sie sind vom Schöpffinkoller erfaßt worden und werden in der öffentlichen Weise geschüttelt. Besonders Herr Adolf Ged in Offenburg ist außer Rand und Band geraten. Er, der doch sonst die gemäßigteste spießbürgerliche Bescheidenheit über alles liebt und sie nur durch die Bemühungen von Faschingsarrangements und Vereinskonzerten unterbricht, verbraucht jetzt unheimlich viel Tinte, Federn und Papier lediglich zu dem Zweck, in babilonischen und japhetischen unabhängigen Blättern den verhassten Schöpffinkoller zu bekämpfen. Der gute Adolf und seine unabhängigen Gefinnungs-freunde tranken nämlich an der fideles Einbildung, die badischen Genossen hätten Schöpffinkoller nur geholt, damit der Kampf gegen die Unabhängigen geführt wird. In Wahrheit ist damals, als mit dem Genossen Schöpffinkoller wegen Übernahme der „Volksfreund“-Redaktion verhandelt worden ist, von solch unniigen Dingen wie den Unabhängigen mit keinem Worte gesprochen worden, wie es auch dem Genossen Schöpffinkoller in den von ihm abgehaltenen Versammlungen gar nicht in den Sinn gekommen ist, seine Ausführungen gegen die Unabhängigen zu richten. Wo die Herrschaften nicht in die Diskussion eingegriffen haben, sind sie wohl kaum erwähnt worden. Und an den alten Offenburger hat erst recht kein Mensch gedacht, da wir uns ja noch im Späthommer und noch nicht in der Faschingszeit befinden. Aber Herr Adolf ist nun einmal hergottfahramentlich wild geworden: er traut dem bösen Schöpffinkoller nicht. So hat er schon im Mannheimer unabhängigen Blatte spaltenlang gegen Schöpffinkoller getwittert, so in der „Leipziger Volkszeitung“ und wiederholt auch im Karlsruher unabhängigen Blättchen. Und da gehts nun wie in einer kalten Winternacht: meldet sich erst der eine, flümmen alle im ganzen Dorfe mit ein. In der Ausgabe des Karlsruher unabhängigen Blättchens vom 30. September wird der vertrackte Schöpffinkoller an zwei Stellen unabhängig bemerkt: zur Einleitung im Leitartikel, dann auch von Herrn Adolf Ged höchst eigenhändig unter dem Strich — über Spalten hindurch. Aus dem Leitartikel erfahren wir, daß Schöpffinkoller der „hellende Hofhund des Kapitals“ ist, ein „Verderber“, eine „elende Kreatur“, ein „degenerierter Esel“ usw. Nachdem so die Leser der „Sozialistischen Republik“ literarisch entsprechend den unabhängigen Prinzipien angewärmt sind, tritt in mallerdem Vordenker Herr Adolf aufs Podium und Silenium: Herr Adolf Ged trägt vor. Vom „heiligen Georg“ natürlich, der den armen Adolf bei Tage verfolgt und Nachts nicht mehr ruhig schlafen läßt.

Um es ganz offen heraus zu sagen: diesmal hat uns Herr Adolf gefallen. Wenn man immer mitten unter ensten und arbeitssamen Menschen sitzt, ist es förmlich eine Wohltat, wenn da plötzlich einer mit Karnevalsstimme aufsteht und für Kurzweil sorgt. Und gar erst wenn es sich um einen Meister auf dem Gebiete des Spinnens und Alotriatreibens wie Herrn Adolf Ged handelt. Endlich einmal in der Karlsruher „Sozialistischen Republik“ etwas, das man lesen kann. Somit ist das Blättchen doch zum „Stiefel ausgehen“. Endlich haben die Karlsruher Un-

abhängigen und endlich hat auch Herr Adolf Ged ein Thema gefunden, über das er schreiben kann: Georg Schöpffinkoller. Zwar bieten die gewaltigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Räte der Zeit Stoff in Fülle und Fülle, aber dazu reicht bei den Herrschaften grundsätzlich und prinzipiell nicht. Im heimischen Dialekt ausgedrückt: Nach bigott ä Kuscht, wenn so Hand häst! So hopft nun Herr Adolf hinter dem bösen Schöpffinkoller drein, pfeift, singt, dichtet und übt sich in den amüsantesten Lieberverrenkungen. Und wie der Rattenfänger von Hameln die emsigen Mägen zieht und lockt Herr Adolf die gelbrotten Unabhängigen hinter sich her. Der Faschingsaufzug ist schon jetzt zu genießen. Wir haben unseren Spaß an der Sache und würden es sehr bedauern, wenn der alte Offenburger bald müde werden sollte. Zu seiner Auffreicherung wird Genosse Schöpffinkoller demnächst in Offenburg sprechen. Dann wollen wir Adolf auch einmal mündlich und nicht nur schriftlich genießen. Denn Adolf kommt hoch? Nicht wahr?

Um die Kartoffeln!

Bekanntlich lebt die städtische Bevölkerung in großer Not und Aufregung wegen der schlechten Kartoffelversorgung. Die Regierung bemüht sich, die Landwirte auf gültlichem Wege zur Belieferung der Städte anzubahnen, so sind u. a. fogen. Aufklärungsversammlungen landauf landab abgehalten worden und der Erfolg: Keine Kartoffeln für die Städter!

Die Regierung berief deshalb auf gestern mittag in das Ministerium des Innern eine Konferenz ein, zu der die Amtmänner aus den Lieferungsbezirken, Vertreter der Städte Karlsruhe, Rastatt, Forstheim, Heidelberg, Mannheim und Freiburg, sowie die hiesige Presse geladen waren, um die Kartoffellieferung zu besprechen.

Minister Kemmele erwähnte in der Begrüßung den Zweck der heutigen Sitzung, worauf die Herren Ministerialrat Föhrenbach und Schmidt (Kartoffelversorgungsstelle Mannheim) ein Bild von der trostlosen Lage auf dem Gebiete der Kartoffellieferung der Städte gaben. Vor allem sei auch die späte Ernte an der schlechten Belieferung schuld, ebenso das Bezugsrückverfahren. Die Seegegend und der Tauberg sind liefern besser als, während Unterbaden sehr schlecht der Ablieferungspflicht nachkommt, weil es von den Städtern überlaufen wird, die höhere Preise als den Höchstpreis bezahlen. Auch der Einkauf durch Arbeitersparvereine, Organisationen und durch die Eisenbahnverwaltungen, die den Höchstpreis überschreiten, sei für den geregelten Verkehr hinderlich. Hohenzollern wird die zugesagten 120 000 Zentner liefern, ebenso Gessen 50 000 Ztr., während Wabern nichts liefern kann. Die Verichte der Amtsborkände ließen erkennen, daß die Kartoffelernte im allgemeinen eine günstige sei, aber die Bauern verlangen höhere Höchstpreise.

Minister Kemmele fand es sonderbar, daß gerade die Kreise, die stets die Regierung angriffen, die Maßnahmen derselben durckkreuzen und höhere Preise bezahlen. Die städtische Bevölkerung sollte mehr Selbstschutz üben.

In der Aussprache wurde weiter festgestellt, daß das Bezugsrückverfahren auf die Preisbildung verheerend wirkte und es wurde deshalb die Sperrung desselben verlangt, was jedoch abgelehnt wurde. Es wurden scharfe Maßnahmen gegen die Bauern gefordert, die nicht abließen. Delfers wurde betont, daß die Städter, ja sogar Arbeiter, einen höheren Preis für gerechtfertigt halten, was nicht genau gerügt werden kann.

Im Schlußwort bemerkte Minister Kemmele, daß von einer Erhöhung des Kartoffelhöchstpreises abgesehen werden müsse, jedoch der Vorschlag, eine Schnelllieferungsrämie zu gewähren, in Erwägung zu ziehen sei, dessen Kosten der Staatskasse zufallen sollen. Die Kartoffelstelle müsse eine Kontrolle beim Einkauf durch Fabriken usw. haben und die Auswüchse beim Bezugsrückverfahren lind zu bekämpfen. Wer mehr wie den Höchstpreis bezahlt, muß bestraft werden, wie auch die Nichtablieferer mit schweren Strafen belegt werden müssen. Sollten Verunreinigungen nicht mehr helfen, so sind die schärfsten Zwangsmaßnahmen anzuwenden, ebenso gegen die Schieber. Die Arbeitskraft in den Städten hat sich gebessert, somit muß es auch auf dem Lande vorwärts gehen. Die Kartoffelfrage ist auch eine Transportfrage. Die Zusammenarbeit aller ist notwendig. Mit Worten des Dankes schloß hierauf Minister Kemmele die dreistündige, sehr interessante Sitzung.

Früherer Zutritt des bad. Landtags. Wie wir hören wird der bad. Landtag aller Voraussicht nach in der nächsten Woche zusammentreten und zu der Forderung einer

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden.

Das erste halbe Geschäftsjahr unseres Gaus ist seinem Abschluß nahe. Dabei können wir feststellen, daß der Aufbau unseres Gaus ein erfreulicher genannt werden kann. Trotz dieses Ergebnisses erachten wir es als unsere Pflicht, an alle uns noch fernstehenden Volks- und Arbeitsgenossen die Mahnung zu richten, sich dem Arbeiter-Sängerbund anzuschließen, um das schon lang erstrebte Kulturwerk des Gesanges dem werktätigen Volke zugänglich zu machen. Leider sind es die drückenden Sorgen um die ersten und notwendigsten Lebensbedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, welche uns häufig die Entbehrung von Kunstgenüssen gering erscheinen lassen. Nach der Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse jedoch stellt sich bei jedem Menschen das lebhafteste Verlangen nach geistiger Erhebung, nach idealen, künstlerischen Genüssen ein.

Auch der Arbeiter hat das Verlangen, teilzunehmen an den Ertragsfrüchten der Kultur; denn ein Leben ohne Kunst, ohne Kunstgenuss und Kunstverständnis ist ein desolat, provinzielles und trauriges und von den vielen Entbehrungen, die der Arme erdulden muß, ist wohl der Mangel an Kunstgenuss einer der schwersten. Um rein künstlerisch genießen zu können, muß man aber nicht nur von der Natur mit empfindlichen Sinnen ausgestattet sein, sondern die Sinne müssen auch gelübt, gekürt, gebildet und erzoget werden. Was speziell die musikalische Erziehung der werktätigen Schichten anbelangt, so läßt sie viel zu wünschlichen übrig und beschränkt sich meist auf den notwendigen Gesangsunterricht in den Volksschulen.

In welcher Weise ist es aber dem Arbeiter und der Arbeiterin heute schon möglich, sich auf musikalischen Gebiete zu betätigen? Die Antwort auf diese Frage geben unsere Gesangsvereine durch ihr Wirken. Denn selbst singen und musizieren ist immer noch viel schöner und bildender als musizieren und singen hören. Sier wird nun der bei den meisten

vernachlässigte Sinn für Musik geweckt, gekürt und ausgebildet, und es wird zugleich, da der Gesang die Vereinigung zweier Künste, Poesie und Musik, ist, das Interesse für die Poesie mit wachgerufen.

Welchem Gesangsverein sollen wir uns anschließen? Für denkende Arbeiter und Arbeiterinnen dürfte dies nicht zweifelhaft sein, denn ebensowenig wie er keine wirtschaftlichen und politischen Interessen in einem bürgerlichen Verein wahrden und fördern kann, ebensowenig kann ein Arbeiter-Sängerbund in einem bürgerlichen Verein in gesondelter Beziehung keine Befriedigung finden, oder aber er muß seine Ideale und Gefinnung zu Grunde lassen; er wird dadurch zum Scheiter- und Verräter an seinen Klassenossen.

Warum singt der Mensch? Doch nur um seinen inneren Regungen und Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Welcher Art kann nur ein klassenbewußter Arbeiter, der in einem bürgerlichen Verein singt, Ausdruck geben? Oder was für Gründe veranlassen ihn, einem bürgerlichen Verein anzugehören? Zum großen Teil ist es die Eitelkeit, die ihn dazu treibt; es demüchelt ihn, wenn er mit sozial höher stehenden, die ihn auch gelegentlich einmal die Hand drücken und ein freundschaftliches Wort für ihn übrig haben, im gleichen Verein sein darf? Warum lassen sich denn die Herren so zu ihm herab? Fast in den meisten Fällen deswegen, weil er als Sängerbund gebrandet ist.

Auch aus andern Gründen sollte der Arbeiter-Sängerbund die bürgerlichen Vereine meiden. Besonders ist es die Auswahl ihrer Lieder und die Art ihrer Veranstaltungen, welche ihn davon abhalten sollten. Ihrem Fühlen und Denken entsprechend sind auch ihre Lieder, im allgemeinen drückt sich in fast allen ihren patriotischen Liedern eine Geringschätzung anderer Völker und Nationen aus. Die Worte von der allgemeinen Menschenliebe und Völkerverbrüderung sollen bei uns kein leeres Wort sein. Nicht der Völkerverbrüderung, sondern der Völkerverdrüderung gilt unter Lied. Sollen wir erinnern an all die Begeisterungsmomente vor und während

des Krieges. Sind nicht in den stürmischen Tagen die bürgerlichen Vereine in Wort und Tat zur Sache der früheren Regierungen gestanden u. haben als Handlanger dem Kapitalismus große Dienste geleistet? Darum, ihr Arbeiter u. Arbeiterinnen, tretet aus den bürgerlichen Vereinen aus und schließt auch den Vereinen des deutschen Arbeiter-Sängerbundes an. Wo unsere Ideen in Form von Gesangsvereinen noch nicht bestehen, da streitet zu Gründungen! Jede Auskunft wird gerne erteilt von der Gauleitung in Karlsruhe, F. Hörl, Wardenstr. 33. Auch unseren Mitgliedern rufen wir zu, benützt die Gelegenheit und ermahnt Eure Arbeitsbrüder und -Schwestern, damit wir in Wäde das angefangene letzte Tausend als vollzählig verkünden können.

Um unsere jetzige halbjährige Statistik abschließen zu können, eruchen wir unsere Verein, den leistungsmäßigen Zuwachs halbjährig mitzuteilen, damit das nötige Material angeworben werden kann. Das vom Bundesvorstand herausgegebene Geleitsblatt für gealterte und gestorbene Sängersgenossen ist eingetroffen und steht denselben den Vereinen zur gef. Ansicht. Näheres hierüber erteilt die Gauleitung.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist jedoch das 1. Heft vom 1. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Plannmäßige Wirtschaft oder was sonst? Von Rud. Wirth. — Schulkämpfe und -kompromisse im deutschen Verfassungskampf. Von Max Quatz, M. d. R. I. — Die Gebietsverteilung im Osten. Von Hans Fehlinger. — Sozialisierung und Bevölkerungsproblem. Von Arthur Seiden. — Nützlichkeits- und Kommunismus-Manifest. Von K. Strauß. — Schulergeräten. Eine Frage des handwerklichen Unterrichts. Von Herrn Kraft. — Literarische Rundschau: Professor Dr. K. Vaisch, Gesundheitslehre für Frauen. Von Dr. B.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 6.50 M das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern werden jederzeit zur Verfügung.

über ganz
die fixate
ren bejezt.

In Elbf.
wieder Mal.

not verr.
droht sich zu
n. Es fehlt
„Vorwärts“
en, nach den

holm. Das
hilt „Boden-
und wechelte
und wird um

ene ga und
Es wurden
über am Hell-
und besuchten
unter befand
der notfiet-
wurden im
vert. Man ist

han.

Verlamm-
Markgräf-
ende Ge-
Landespreis-
Es wurde
Kinnern nach
daß für die
gend welcher
unbefruchtete
saaten, vor
Der großen
glücklich sein,
den werden.
Arbeiter nicht
registrieren
nur als

ung.

8. Oktober.
und macht
je. Er sprach
eten mäßig.
die Motive zu
des Saules
und seiner
hatte sich er-
daß, da Herr
sollt sprechen
Streife.

angler

Annahme des
ein wie dem
s Kaiserliche
precisen. Die
er auf wird.
er des indu-
ken, sondern
ien führen.
die Regie-
Betriebsräte

a. Leuchend
erst haben!
es gut!
ang er mit

erf. von dem
eife mit den
auch gebetet
die andern.
ia geltenden
er glauben.
er hatten sie
immer wie
und unbläßig

cht gemacht
hier außer
hatte sie sich
Augen zu
brigte dann
du jehst!
Tropfen ab-
der rannen.
Pan Sult
ingefunden?
auf dem
suchte Be-
it vor, bald
schließen.
wie es
schließen.
den Kopf

nd führten
ie alle drei
nicht mehr
war gewiß,
war fromm.

Wahlprüfungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter
Stellung nehmen. Die Angelegenheit dürfte in einer Sit-
zung ihrer Erledigung finden.

Aus dem Lande.

Durlach.

Jugendbund. Heute abend 1/8 Uhr findet im Lokal
„Goldener Löwe“ Zusammenkunft statt. Die schulen-
fähige Jugend wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Am
Sonntag findet eine Tageswanderung statt; es geht mit
der Bahn nach Mastatt, dann zu Fuß nach Favorite, Eber-
steinburg, Verbrannte Felsen, Baden-Baden.

Aus der Gemeinderats-Sitzung vom 1. Oktober. Die Vergütun-
gen des Totengräbers und des Leichenwagenführers werden dem
Voranschlag des Tiefbauamtes entsprechend erhöht. — Da nunmehr
auch die Turnhalle des Gymnasiums freigegeben werden konnte,
ist mit den 4 hiesigen Turnvereinen eine Vereinbarung über die
Benützung der beiden jetzt zur Verfügung stehenden Turnhallen
(Gymnasium und Hindenburgschule) getroffen worden. Nach
wird für letztere (da die Gemeindeverwaltung nur über diese
Benützungsberechtigung hat) nicht erhoben, da weder für Heizung noch
für Beleuchtung irgendwelche Verpflichtungen übernommen wer-
den können. — Herr Gesundheitsrat Fleißch erstattet Bericht
über die diesjährige Tagung deutscher Gas- und Wasserfachmän-
ner in Baden-Baden. Nach den dort mitgeteilten Zahlen über
Kohlenförderung etc. sind die Aussichten für die Kohlenversorgung
höchst trübe. — Im Anschluß daran teilt Bürgermeister Dr.
Herau nach Verhandlung mit der Forst- und Domänendirektion
mit, daß für die Brennholzversorgung der Gemeinden aus den
Staatswaldungen nur geringe Holzmengen in Betracht kommen.
— In der Person von Fraulein Wannele wird eine weitere För-
sorgeverpflichtung für die Stadt bestellt. — Die Lebensmittelzulage
an Schwangere und stillende Mütter soll verbessert werden.
Dazu gehört u. a. auch eine erhöhte Zulage von Vollmilch und
meh angeht die außerordentlich geringen Milchpreise die
jüngste Einkufelung des städtischen Marktertrags und der Ab-
gabe von Magermilch an die Bevölkerung ernstlich ins Auge ge-
faßt werden. — Eine besondere Lebensmittelzulage sollen
auch erhaltungsbedürftige Kinder auf Grund ärztlichen Attestes
erhalten. — Es wird beschlossen, daß der Kommunalverband Be-
stellungen von Milch von den Verbrauchern direkt entgegen-
nehmen und Lieferungen an sie direkt ausführen soll. — Zur
Durchführung des Bezugsverfahrens für Grundstücksverkäufe und zur
Reinigung der gemeinwirtschaftlichen Wirkung derselben wird eine
besondere Kommission ernannt, bestehend aus den Gemeindevor-
sitzern Meyer, Schmittler und Kindermann. — Auf Grund einer
Vorstellung der Gauleitung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-
Verbandes und des Arbeiterausschusses werden den städtischen
Arbeitern einmalige Teuerungszulagen gewährt, vorläufig in
Höhe des Jahresbetrags der bisher gewährten monatlichen Teue-
rungsbeträge und vorbehaltlich der Genehmigung durch den
Bürgerausschuß. Es sollen erhalten: Ledige 144 M., Verheir-
tete ohne Kinder 240 M., mit 1 und 2 Kindern 312 M., mit
3 und mehr Kindern 396 M.

Bretten.

1. Aus dem Gemeinderat. In den letzten Wochen wurde in
der Stadt das Gerücht verbreitet, daß 1800 Personen Kranken-
zulage beziehen. Bei der am 17. v. Mts. stattgefundenen De-
monstration wurde gerade dieses Gerücht zu Vorkommen gegen
den Herrn Bürgermeister benützt. Dieses Gerücht, das infolge
einer irrtümlichen Auskunft entstanden ist, ist unwahr. Tatsache
ist, daß nur ca. 210 Personen Krankenzulage beziehen. Diese
Anzahl ist nicht nur als in den Grenzen gelegen, sondern als
mäßig zu bezeichnen. Ueber die verschiedenen Berufsarten der
Empfänger von Krankenzulage wird eine Statistik veröffentlicht
werden. — Es wird die Errichtung eines städt. Ra-
rungs mittelamts beschlossen, das nach rein kaufmänni-
schen Grundsätzen geleitet werden soll. Als Leiter wird Kaufmann
Schall bestimmt, welchem bis zu einem gewissen Grade Selbstän-
digkeit verliehen wird. Dem Nahrungsmittelamt werden alle
Aufgaben übertragen, die mit der Lebensmittelversorgung im
Zusammenhang stehen. Dasselbe wird insbesondere auch die
Kartenausgabe und die damit zusammenhängenden Geschäfte er-
ledigen. — In der anlässlich der Demonstration am 17. v. Mts.
übergebenen Resolution wurde der Antrag gestellt auf Zugang von
4 Vertretern des Gewerkschaftsrates in die Lebensmittelkom-
mission und die Kommission zur Prüfung der ärztlichen Zeug-
nisse. Dieser Antrag wird genehmigt. Im auch benennigen Be-
wörterungskreis, die im Gewerkschaftsrat vertreten
sind, Gelegenheit zu geben, in dieser wichtigen Angelegenheit mit-
zusprechen, werden weitere 4 Mitglieder ernannt, jedoch die Kom-
mission mit dem Vorstehen nunmehr 14 Mitglieder zählt. —
Für die Kontrolle bei der Fleischabgabe auf der Freibank be-
stimmten die Arbeitnehmer einen Kontrollleur, im übrigen bleibt die
Fleischkontrolle bei den Metzgern in der bisherigen Weise be-
stehen. — Die zu Ehren der zurückkehrenden Kriegsgefangenen
erfolgte Schmückung des Rathhauses wird durch Anbringen von
Lampentexten pp. vervollständigt. — Auf ein erneutes Gesuch des
Bäckers der letzten Winterstraße (10 000 M.) haben nach-
malig Verhandlungen mit den Grundstückbesitzern stattgefunden.
Da auch hierbei die Grundstückbesitzer eine ablehnende Haltung
eingenommen haben, muß auf die Zulassung der Schafweide en-
gung verzichtet werden. — Das Stadtschulhaus am Antiklingen
hat mitgeteilt, die Stadt Bretten habe zu den Kosten der für den
Bau des Bretten-Kilnbau auf Gemahlung Anstaltigen gewonne-
nen Steine einen Beitrag zu leisten. Der Gemeinderat ist
nicht in der Lage, diesem Ersuchen nachzukommen, da er hierzu bis
jetzt keinelei Verpflichtungen übernommen hat. — Mit Wir-
kung vom 1. Oktober ds. J. ab wird der Jucker, wie bisher die
übrigen Lebensmittel, auf Kundensliste abgegeben. — 2 Wohnungen
werden prangweise vermietet, dem Mieter einer städt. Wohnung
wird gekündigt, um über die Wohnung anderweitig verfügen zu
können.

Mastatt.

1. Aus dem Gemeinderat. Wie wir hören, hat sich der Ge-
meinderat endlich entschlossen, von Zeit zu Zeit einen Bericht über
seine Geschäfte der Presse zu übergeben.
2. Arbeiterangelegenheiten. „Liebesfreiheit“. Am Sonntag, den
12. Okt., findet nicht, wie irrtümlich gemeldet, das Stiftungsfest
des Radfahrerbundes „Solidarität“, sondern die
Herbstfeier des Arbeitervereins „Liebesfreiheit“ statt. In-
folge des diesbezüglichen Programms kann der Besuch nur
empfohlen werden.
3. Tarifvertrag für die Industrieangestellten. Der Demo-
strationskommissionar in Karlsruhe hat den unterm 15. August
letzten des Schlichtungsausschusses Mastatt gefällten Schiedspruch,
den Tarifvertrag für die Industrieangestellten betreffend, für die
Kreise Mastatt und Baden für verbindlich erklärt. Der De-
monstrationskommissionar trat der Auffassung des Schlichtungs-
ausschusses, nach welcher zu einer Sonderstellung Gagnenaus die
Voraussetzungen nicht vorliegen, bei. Im Gegensatz zu den Gagn-
aus-Kollegen werden die Angestellten in Mastatt und Baden-
Baden die Verbindlichkeitsverpflichtungen des Schiedspruches nur
begreifen, denn dadurch werden auch die hartnäckigen Arbeitgeber
gezwungen werden können, ihre Angestellten nach Tarif zu be-
zahlen.

Aus dem Murgtal.

Gaggenau. Die Differenzen der Angestellten im Benzwerf
sind zugunsten der Angestellten beigelegt.

Gernsbach. Freitag abend 8 Uhr findet eine außer-
ordentliche Mitgliederversammlung im „Rückfort“ statt.
Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen, es haben nur Mit-
glieder Zutritt.

Kappelrodeck, 7. Okt. Sozialdem. Verein. Sams-
tag, 11. ds. Mts. abends 8 Uhr, findet im Gasthof zur
„Blume“ eine Parteiverammlung statt. Wegen Wichtigkeit
der Tagesordnung wird um vollständiges und pünktliches Er-
scheinen gebeten.

Ein Volkstreich der Schweizer Wehrleute.

Von der Schweizer Grenze geht uns im Namen sämtlicher
deutschen Wehrleute aus der Schweiz, Lager Schopfheim, fol-
gender Volkstreich und Aufruf an die Arbeiterkraft zu:
Als vor 5 Jahren der Weltkrieg entbrannte, sind auch die
wehrfähigen Männer aus der Schweiz herbeigeeilt, um ihre
zweite Heimat zu beschützen. Der Krieg ist vorüber, alle un-
sere Brüder im deutschen Lande konnten zu ihren Familien
und Eltern zurückkehren, uns aber, den deutschen Wehrleuten
aus der Schweiz ist ein Wiedersehen mit unseren Angehörigen
nicht beschieden geblieben. Wir sitzen nun volle sechs Mo-
nate an der Grenze und warten bis die Schweiz ihre Tore
aufmacht, um uns aufzunehmen. Entloßt von allen Mitteln,
ohne Kleidung, Schuhe und Wäsche müssen wir Wehrleute
auf einem Strohsack und zwei Decken warten und wieder
warten.

Wir rufen alle Arbeiter angesichts unserer schweren Not-
lage, in der wir uns befinden, an, uns beizuhelfen und mit-
zuhelfen, unsere Lage zu verbessern! Mit einer täglichen
Zulage von 30 Pf., 1 M., 20 Pf. für Verpflegung und
2 M. Teuerungszulage müssen wir einen vollen Tag leben,
und unsere Kleidung kaufen. Arbeiter, wir sind in unserer
Not mehrmals beim Generalkommando vorstellig geworden,
aber eine Besserung ist uns nicht zuteil geworden, vielmehr
hat uns diese Behörde als Ersatz einen Hauptmann, einen
Feldwebel und 2 Zugmeister zugewandt, um das Lager deut-
scher Wehrleute zu militarisieren; anstatt daß diese Zahl-
meister den Wehrmännern ihre Gehaltslisten, die sie zu bean-
spruchen haben, ausstellen, werden die betreffenden Wehr-
männer noch ausgepumpt und ausgekaut. Wir verlangen,
daß diese Herren sofort abgesetzt werden, und daß wir nicht
mehr wie Gefangene oder Verbrecher behandelt werden. Sollen
wir uns gefallen lassen, daß ein Rechnungsrat, anlässlich
seines Besuchs im Lager Maßstab sich solandermaßen
ausbeutet: Wenn die Hande nicht will, so fliegt
sie raus! Nein und abermals nein! Wir haben von die-
sem Militarismus, wie er in Karlsruhe-Durlach beim 14.
M. noch zu herrschen scheint, genug und verlangen, daß
einmal energische Schritte unternommen werden, damit die-
sen Herren das Handwerk gelegt wird.

Bürgeraushebung in Karlsruhe.

Stadtratswahl. — Ein Herrinsall des Zentrums.
* Karlsruhe, 9. Oktober.

Querst die übliche Wahl! Ohne Wahl geht es in dem
wahrlichen Jahre 1919 nicht mehr; es gehört irgend eine
Wahl zum eisernen Bestand aller Rathausgeschäfte. Die-
mal waren zwei Stadträte zu wählen, zwei Sozialdemokra-
ten, Ersatzleute für unseren verstorbenen Genossen
Bonning und unseren zum Bürgermeister aufgerückten Genos-
sen Sauer. Unsere Partei hatte das Vorschlagsrecht, der
Wahlrat verlor in solchen Fällen immer ruhig und
schmerzlos, es ist mehr eine Formfrage, denn der Ausgang
steht ja von vornherein fest. Von unserer Seite waren
Genosse Schwerdt und Genossin Fischer als Kandi-
daten vorgeschlagen, sie wurden denn auch mit 66 Stim-
men gewählt. Ist mit Genossen Schwerdt nun ein
alter, verdienter und kenntnisreicher Parteifreund in das
Stadtratskollegium eingezogen, so begrüßen wir in der
Genossin Fischer die erste sozialdemokratische
Frau im Karlsruher Stadtrat. Genossin Fischer hat sich
schon als Abgeordnete zum badischen Landtag die Sporen ver-
dient, in der Gemeine ist sie sowohl als Stadtverordnete
wie besonders als Mitglied des Armenrats schon längere
Zeit tätig; wir sind überzeugt, daß Beide würdige Nach-
folger der ausgeschiedenen Genossen Bonning und Sauer
sein werden, und begrüßen sie deshalb aufs herzlichste im
neuen Amt.

Die Sitzung stand überhaupt im Zeichen der Sozial-
demokratie, denn zum erstenmale auch seit Bestehen der
Stadt Karlsruhe leuchte ein Sozialdemokrat die Verhand-
lungen des Bürgerausschusses. Unser Genosse Bürgermei-
ster Sauer, der vor einigen Tagen sein Amt angetreten
hat, führte den Vorsitz, da Oberbürgermeister Finler seine
Tätigkeit noch nicht aufgenommen. Genosse Sauer dankte
vor Eintritt in die Tagesordnung für das Vertrauen, das
ihm die Bürgeraushebungmitglieder und durch diese die Ge-
meindebevölkerung durch die Wahl zum Bürgermeister ent-
gegengebracht haben; durch diese Wahl sei zum Ausdruck
gebracht worden, daß die Bürgerkraft Vertrauen zu dem
Vertreter der Arbeiterkraft habe. Er werde bestrebt sein,
mit der gleichen Liebe und Hingabe, mit der er seinem bis-
herigen Posten vorgestanden habe, auch sein neues Amt zu
verwalten, in engerer Kollegialität mit dem Herrn Ober-
bürgermeister und den übrigen Amtskollegen. Besonderen
Dank statet Bürgermeister Sauer der Presse ab, für die
sachliche Art und Weise, mit der sie seine Kandidatur be-
sprochen habe; er hoffe, daß das gute Einvernehmen auch
fernerhin bestehen bleibe. Die Ausführungen des neuen
Bürgermeisters wurden beifällig aufgenommen.

Zur Beratung standen 6 Vorlagen, von denen nur eine
von besonderer Wichtigkeit war, die Vorlage betreffend Ge-
währung einer einmaligen Teuerungszu-
lage für die städtischen Arbeiter. Bei Beratung
dieses Gegenstandes glaubte das Zentrum sich eine
Gyratour leisten zu können; es holte sich aber eine berate-
rige Abfuhr, daß nur keine Draufgänger und Selbsthorne
doch endlich ihren Bedarf an kalten Duschern gedeckt haben
dürften. Im Zentrum scheinen ein paar junge drauf-
gängerische Neulinge die Herrschaft an sich gerissen zu
haben, die nun in ihrer Fraktion herumwirbeln wie ein
gewisses Tier im Porzellanladen, so daß es den alten
Parlamentariern Köhler, Bernauer usw. bald anakt und
hange wird. Bekanntlich waren vor 5 Wochen die städtischen
Arbeiter an den Stadtrat herangetreten mit dem Antrage
auf Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage von
600 M für Arbeiter und 450 M für Arbeiterinnen. Die

Anträge waren wohlbegründet und die Forderungen voll-
auf berechtigt. Die Stadtverwaltung trat mit der Organi-
sation der städtischen Arbeiter, dem Verbands der Ge-
meinde- und Staatsarbeiter, in Verhandlungen und das Ergebnis war die gestrige Vorlage, der beide
Teile, Stadtrat wie Gewerkschaft und Mitalliedschaft zu-
gestimmt hatten. Die Vorlage sieht vor, die Gewährung
einer einmaligen Teuerungsbefreiung für Ledige von 144 M.,
für Verheiratete ohne Kind von 240 M., für Verheiratete
mit Kind von 312 M. und für Verheiratete mit 2 oder mehr
Kinder 396 M. Die Arbeiter hatten also von ihren Forde-
rungen bedeutende Abstriche vorgekommen, sie zeigten ein
Maß Entgegenkommen, dem man angesichts ihrer Notlage
um so größere Anerkennung schenken muß.

Da stand nun gestern im Bürgerausschuß einer auf, der
pöpslicher als der Papst sein wollte, der Herr Stadtb. Faß-
bender, keines Zeichens christlicher Gewerkschaftssekretär,
und begründete namens des Zentrums einen Antrag, nach
dem alle Bezüge der Vorlage um 200 M. erhöht werden soll-
ten. Man kann sich die Wirkung dieses unvernünftigen in die
Versammlung geworbenen Antrags vorstellen. Für uns war
von vornherein klar, daß dieser ganze Antrag weiter nichts
war, als ein wohlüberlegter Luft. Die Rechnung
war wohl die: der Antrag wird abgelehnt, die Sozialdemo-
kratie und die demokratische Partei, die dem Antrag nicht so
ohne weiteres zustimmen können, haben dann das Odium
auf sich geladen, den städt. Arbeitern die berechtigten Win-
sche nicht erfüllt zu haben; Herr Faßbender darf dann wieder
einige Aufnahmen für sein christliches Gewerkschaftslein bu-
cken, am nächsten Sonntag ist Katholikentag; Postung unter
Vorantagen der großen wackelnden Arbeiterfreundlichkeit-
sahne; zur Schau stellen des großen sozialen Heiligenscheins;
und bald sind auch wieder Wahlen! Welch plänesendes Ge-
schäft siehe sich da machen mit den 200 nichtbewilligten Mark.
Der Wahne Traum zerran; jämmerlich, fürchterlich fielen die
tapferen Zentrumsknappen herein. Denn — die Sozialdemo-
kratie und die Unabhängigen erklärten, daß sie dem Zentrumsantrag
zustimmen würden! Ja, unsere Genossen
laten dazu noch einiges mehr: Sie befehlten einmal wie-
der von allen Seiten aus eigener Erfahrung und Kenntnis
heraus die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums, sie rech-
neten wieder einmal gründlich ab mit der berechtigten Zentrums-
demagogie; hochelblich kauten da die Schläge herunter
die besonders unser Gen. Stadtrat Philipp austeilte, der
das Kind auch beim rechten Namen nannte. Das hätte offen-
bar die junge Zentrumsgarde nicht erwartet; sie wurde immer
kleinlauter, die Gesichter wurden immer länger und zuletzt
mußte Herr Bernauer einen Antrag auf Auflösung der
Verhandlungen um 10 Minuten einreichen, um zu der
neuen Lage Stellung nehmen zu können. Und Kableau:
kleinlaut zogen die Herren dann ihren Antrag zurück! Wir
hoffen, daß dieser Ausgang des zentriemlichen Hurenritzes
für die Herren eine heilsame Lehre sein wird. Sie haben nun
zu sehen: Mit demagogischen Schlägen, Lügen und Tricks
hat man auch in einem Rathausaal keinen Erfolg mehr.
Steden nun die zentriemlichen Heißsporne endlich einige
Witze zurück, nachdem sie eingesehen haben, daß man mit
der Methode von gestern keine christlichen Gewerkschafts-
allgelehrer ansetzt und auch keine Kaskadentafeln für Katholikentag
erhält, so hat auch die gestrige Aussprache ihr Gutes
geholt. Wir hatten an diesen politischen Auseinandersetzun-
gen unsere helle Freude; solch eine Lüftung tut von Zeit zu
Zeit recht wohl. Von unserer Seite trat in besonders war-
mer und herzlicher Weise nach Stadtb. Gen. Fischer für
die Forderungen der städtischen Arbeiter ein.

Die städtischen Arbeiter erhalten nun heute ihre Teue-
rungszulage ausgezahlt, was nicht der Fall gewesen wäre,
wenn der Zentrumsantrag angenommen worden wäre. Die
stadträtliche Vorlage erfuhr eine Erweiterung durch einen
auf Veranlassung der sozialdemokratischen
Fraktion vom Stadtverordneten-Vorstande eingereichten
Antrag, daß alle Arbeiter, die seit 6 Wochen in städtischen
Dienstleistungen stehen, die Teuerungszulage erhalten, und daß die
erst kürzere Zeit bei der Stadt beschäftigten Arbeiter für jede
Woche Beschäftigung ein Schafel der Beihilfe erhalten. Der
Antrag bedeutet eine große Verbesserung gegenüber der Vor-
lage des Stadtrats; es ist uns daher unverständlich, wie die
unabhängige Fraktion gegen diesen Antrag stimmen konnte,
nur ihr Stadtrat Jung stimmte für den Antrag. Nach
„genügender“ Aufklärung durch Herrn Jung haben offenbar
die Herren auch, welchen Nachdruck sie gemacht hatten, wir
wollen ihnen deshalb diese merkwürdige Abstimmung nicht
weiter übel nehmen. Herr Kruse sei nebenbei bemerkt, daß
seine gestern beliebte Art, seine Meinung durch Pfeifen
wie „Du bist verrückt mein Kind“, kundzutun, durch weizenfö-
Erfindung von ihm ist; sein Freund Adolf von Offen-
burg hat schon ein Patent darauf, denn dieser sprach im Land-
tag auch einmal durch „Pfeifen“ weiter, nachdem es zum
Neden nicht mehr langte! Im übrigen wurde die Vorlage
einstimmig angenommen.

Eine weitere Vorlage betraf „Errichtung eines städtischen
Säge- und Hobelwerks“. Hier begrüßte Stadtb. Stoll den
Antrag und wünschte einen weiteren Ausbau des Werkes,
desgleichen auch Stadtb. Gen. Sigmund, der auf die Be-
deutung dieser Einrichtung für die Kleinhändler hingab.
Bemerkenswert war bei dieser Beratung, daß die Demokraten
den Takt beizugehen angerechnet einen Interessenten, den Herrn
Stadtb. Fischer, der selbst ein Sägewerk besitzt, zur Vorlage
sprechen zu lassen, der natürlich vor der Sozialisierung und
dem städtischen Betriebe höchlich granlich mochte — selbst-
verständlich als Vertreter der Allgemeinheit, beiseite nicht als
Sägewerksbesitzer. — Des weiteren wurde die Stromverfor-
gung Beierheims beschlossen, der Dienstvertrag des städti-
schen Schularztes Dr. Paul genehmigt, dem Entwurf des
Morgenthauschen Lagerhalle zugestimmt, wobei allerdings
Gen. Schwab das Verhalten der Firma gebührend kemo-
zeichnete, die nun von der Stadt einen Preis von 25 000
Mark verlangt, nachdem sie so viele Wahlen durch
die Stadt gekostet. — Zum Schluß wurde die Neuerrich-
tung einer Anzahl Professorenstellen an den Mittelschulen
genehmigt, wobei Stadtb. Gen. Beck unsere Forderungen
bezüglich der Mittelschulen in sachkundigen Ausführungen
vertrat.

Eine von der U.S.A. gestellte kleine Anfrage betreffend
Lebensmittelversorgung der Stadt, kam der vorgeschriebenen
Zeit wegen, und da die Presse mit „Streit“ drohte, nicht
mehr zur Erledigung; sie soll in der nächsten Sitzung be-
handelt werden.

Umfassonieren

aller Sorten

6989

Damen- u. Herren- Hüte

übernimmt bei schnellster Lieferung

Mittelbadische Hutfabrik

Schneider & Hanselmann

Karlsruhe **Kriegstr. 70** nächst der Ruppurrerstr.

Colosseum.



Täglich abends 8 Uhr
Das Sensations-Spezialitäten-Programm!
9 35

Marga Behrwall und Partner
Die Todespromenade
Colosseums-Kasse täglich vorm. 11-12 1/2 geöffnet.

Stärke Wäsche

besorgt bei acht tägiger Lieferzeit
Dampfwalchanfall

Schorpp

Annahme-Stellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 243,
Gerwigstrasse 46,
Amalienstrasse 15,
Waldstrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustastrasse 13,
Schillerstrasse 13,
Kaiseralle 37,
Gabelsbergerstrasse 1,
Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Berkaufe billig

Deckbetten, Koffkissen, Divan, Kücheneinrichtung, Gode, Tisch, Zither.

Bayer

Leffingstr. 39. Tel. 2523.

Aus schönem Tannenholz gefertigte

Saenerkrautständer

für 1 Zentner Jnh. M. 11,50
1/2 8,50
samt Deckel frei ins Haus
gegen Nachn. liefert Wörzig,
Griesbach, Wendthal.

Kleider!

Schuhe, Wäsche jeder Art, läuft fortwährend zu höchsten Preisen S. Angelrad, Effentweinstr. 32.

Zwiebeln

Serden knapp und teuer werden. Wir haben einen Baggon hereinbekommen und empfehlen unsern Mitgliedern sich für den Winter einzubeden.

Konsum-Verein Baden-Baden und Umgegend

G. G. m. b. H.

Ensemble-Musiker-Bund Karlsruhe

Deutscher Musiker-Verband.
Freitag, den 10. Oktober, abends 7 1/8 Uhr
im grossen Festhallsaal

KONZERT

ausgeführt von den Ensemble-Musikern Karlsruhes mit nachfolgendem

BALL.

- Musikfolge**
- Ouverture z. Op. „Die lustigen Weiber von Windsor“ v. Nicolai
Leitung Herr W. Eder
 - Peer Gynt Suite I. v. Grieg
a) Morgenstimmung, b) Ases Tod, c) Antras Tanz, d) In der Halle des Bergkönigs
Leitung Herr E. Theil
 - Cello-Konzert mit Orchester v. Klughardt
Solist Herr Alex. Jazalski
Leitung Herr W. Eder
 - Polonaise E-Dur, Klaviersolo v. Liszt
Solist Herr M. Kündgen
 - Violin-Konzert D-Moll v. Wieniawski
a) Allegro moderato, b) Andante non troppo, c) Allegro con fuoco Allegro moderato a la Zingara
Solist Herr Leo Witzembacher
Am Flügel Herr W. Eder
 - Prolog aus d. Oper „Bajazzo“, Bariton-Solo v. Leoncavallo
Solist Herr Baldas
 - Willi Eder in seinen Pierrot-Liedern
 - Florentiner-Marsch v. Fucik

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu Mk. 1.— einschl. Steuer

- in der Musikalien-Handlung Fritz Müller, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse, Telephon 338
- in dem Zentralverbandsbüro, Erbprinzenstrasse 17, zu haben.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 9. Oktober 1919.

Der fliegende Holländer.

Romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner.
Senta: Barbara Kemp von der Staatsoper in Berlin a. G.
Anfang 7 Uhr. Mk. 5.20 Ende 9 1/10 Uhr.
Spielplan vom 11. bis 20. Oktober.
Bad. Landestheater. Sa. 11. Für die Pensionisten:
anfalt: „Das Dreimäderlhaus“ (M. Fr.) 7.— So. 12.,
nachm. 2 1/2 „Die fünf Frankfurter“ (M. Fr.) 1.— bis 2.50),
abends 7 „Carmen“ (M. Fr.) — So. 13., zum erstenmal:
„Gas“, Schauspiel in fünf Akten von Georg Kaiser
(M. Fr.) 7.— So. 14. „Hoffmanns Erzählungen“ (M. Fr.)
7.— So. 15. „Gas“ (M. Fr.) 7.— So. 16. „Nigaroos Hochzeit“
(M. Fr.) 7.— So. 17. „Gas“ (M. Fr.) 7.— So. 18. „Die Mondscheindame“,
Operette in drei Akten von Alfred Lorenz (M. Fr.) 7.—
So. 19. „Die Mondscheindame“ (M. Fr.) 7.— So. 20. „Fidelio“,
Fidelio: Frau Lorenz-Höflicher (M. Fr.) 7.— Für die
Vorstellungsgeltern gelten die Vorzugskarten. Vorrecht für die
Vorzugskarten am Freitag, den 10. und Samstag, den 11. Verkauf zum
Stationspreis von Montag, den 13. an.

Welt-Kino

Kaiserstr. 133 Tel. 5448

Nur noch 2 Tage

Verlorene Töchter

Die Menschen nennen es Liebe

6 Akte 6 Akte

Ab Samstag!

Die grösste Sensation der diesjährigen Saison

Die Sünderin

Sittendrama in 7 Akten.

(Nicht zu verwechseln mit „Die unschuldige Sünderin“.)

Beachten Sie bitte die ausgestellte Reklame.

Gem. Chor Bruderbund



Karlsruhe-Kühlsburg

Sonntag, 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal „Württembergischer Hof“, Uhlandstr. 26,

gemütl. Beisammensein mit Tanz

statt, wozu die Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen sind.

7007 Der Vorstand.



Liederhalle Karlsruhe.

Samstag, den 11. Oktober 1919, abends 7 1/8 Uhr (Saalöffnung 7 1/2 Uhr) im grossen Saale der Festhalle

Konzert

Mitwirkende:
Fräulein Maja Hfland, Bahnsängerin aus Pforzheim, Sopran.
Herr Karl Müller, Bariton.
Frauenchor und kleiner Männerchor der Liederhalle.

Anschliessend an das Konzert TANZ.

Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder dazu ergebenst ein und ersuchen um pünktliches Erscheinen. Zum Eintritt, der durch den Garderobeanbau zu nehmen ist, berechnen wir die neuen Mitgliedskarten. Karten für einzuführende, tanzlustige Herren werden am Donnerstag, den 9. d. Mts., von 2-3 Uhr nachmittags, im Vereinsheim Löwenrachen abgegeben, wo auch die bis dahin etwa nicht zugegangenen neuen Mitgliedskarten abgeholt werden können.

6987 Der Vorstand.

Konsumverein Baden-Baden u. Umgegend

c. G. m. b. H.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919, abends um 8 Uhr, im Gartensaal der „Brauerei Bleher“

ordentl. General-Versammlung

- Tagesordnung:
- Geschäftsbericht des Vorstandes.
 - Vericht des Aufsichtsrats und Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
 - Berichterstattung der Ertragsrechnung.
 - Berichterstattung des Revisionsberichts.
 - Ergebniswahl in den Aufsichtsrat.

Anträge, welche in der Generalversammlung behandelt werden sollen, müssen mindestens drei Tage vorher schriftlich an den Vorstand eingereicht werden.

Mit der Bitte um recht zahlreicher Beteiligung laden wir unsere Mitglieder zu dieser Versammlung freundlichst ein.

Der Aufsichtsrat: Dr. Georg Grobed.
Die Bilanz liegt bis zur Generalversammlung im Geschäftszimmer Nr. 1 während der Geschäftsstunden zur Einsichtnahme für Mitglieder auf.

6999 Der Vorstand.

Kauf und Verkauf

fortwährend getragene Herren- u. Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, gold. Silber, Brillanten, Möbel aller Art Nähmaschinen, Kinderwagen u. s. w.
Genl. Angebote erbitet.
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52. Tel. 3747.

Für meine Baustellen in Schopfheim suche ich eine Anzahl tüchtiger

Maurer

Winterarbeit. Für Unterkunft ist gesorgt. Meldungen an meinem Freiburg Büro und an den Baustellen.
F. X. Sichler, Baugeschäft
Freiburg i. S., Falkensteinstrasse 6.

Bei der Stadtgemeinde St. Blasien (Bad. Schwarzwald) ist unter Lebereinstimmung sämtlicher Rathhansparteien die Stelle eines

Berufs-Bürgermeisters

alsbald zu besetzen. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe ihrer Gehaltsansprüche an den Gemeinderat St. Blasien bis zum 1. Nov. 1919 einzureichen.

Bemerkung: Die Stadtverwaltung der Stadtverwaltung angegliedert ist.

Der Gemeinderat.

Bei der heute durch die Stadtverordneten vorgenommenen Ertragswahl zweier Stadträte für den zum 1. Bürgermeister gewählten Stadtrat Heinrich Sauer, sowie für den verstorbenen Stadtrat Karl Bonning wurden mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen (November 1922) gewählt:

Schwerdt Gottlob, Baukassier.
Fischer Amigunde, Buchdruckers-Gesell.

Die Wahlakten liegen von 9. d. M. an während 8 Tagen im Rathaus, Zimmer 74 (Stadt. Hauptsekretariat), zu Jedermanns Einsicht auf.

Einige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl sind binnen 8 Tagen von dieser Bekanntmachung im Karlsruher Tagblatt an beim Bürgermeisteramt oder beim Bezirksamt hier schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel anzubringen.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Dankagung.

Die Fischgesellschaft „Bürgermeister“ (zum „Hotel Karphen“) hat mit die Summe von 1467,35 M als Entlohnung für den Ortsausflug Karlsruhe des „Badischen Heimatbund“ zur Verewendung für Karlsruher bedürftige Kriegskinder überreicht. Für diese reiche Auszeichnung spreche ich namens der Bedachten den herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1919.
Der I. Bürgermeister.

Offenburg.

Kreisfarrenmarkt

Dienstag, den 4. November 1919, vormittags 7 Uhr. — Schluss mittags 12 Uhr.

Tags zuvor, Montag, den 3. November, nachmittags 1 Uhr.

Prämierung von durch Händler zugeführte Original-Simmentaler Farren und im Kreise gezeigter Farren.

Die Auszahlung der vom Kreis zuerkannten Prämien und der von der Stadt gewährten Beihilfe geschieht am Markttag, vormittags 11 Uhr, in der Landwirtschaftlichen Halle.

Offenburg, den 4. Oktober 1919
Der Stadtrat.

Gasperre.

Die Stunden, während denen das Gas entnommen werden kann, werden mit Wirkung vom Mittwoch, den 9. ds. Mts. bis auf Weiteres wie folgt festgesetzt:

1/6 Uhr bis 8 Uhr morgens
1/11 " " 1/11 " mittags
6 " " 1 " abends.

Direktion der Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Ablieferung von Brotgetreide betr.

Diejenigen Landwirte, die vor Bekanntmachung der Bewährerung der Lieferungsauflage Getreide abgeliefert haben, haben Anspruch auf Nachzahlung der Lieferungsprämie.

Die Lieferungsprämie beträgt, wenn die Ablieferung vor dem 1. Oktober erfolgte, M. 15.— für den Doppelzentner und wenn die Lieferung in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 15. Oktober erfolgt, M. 1.50 für den Doppelzentner.

Nähere Auskunft wird im Rathaus Zimmer 8 erteilt.
Offenburg, den 8. Oktober 1919.
7003

Auswahlung von Brotgetreide betr.

Der Winderlag, bis zu dem die Brotmehrfeststellung bestimmter Mengen an Brotgetreide und Gerste auszumahlen sind, wird gemäß § 13 Absatz 1g der R. G. D. für die Ernte 1919 vom 16. Oktober 1919 ab bei Roggen auf 82 v. H.
bei Weizen auf 80 v. H.
bei Gerste auf 75 v. H.

nach Anordnung des Direktoriums der Reichsgroßhandelsstelle vom 26. September d. J. herabgesetzt. Die Festsetzung gilt ganz allgemein für Getreide das die Reichsgroßhandelsstelle oder die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zwecks Verwendung zur menschlichen Ernährung auszumahlen lassen.

Offenburg, den 8. Oktober 1919.
Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Obstversorgung.

Die Abnehmer von Tafelobst können ihre Bestellungen heute nachmittags von 2-5 Uhr auf Zimmer 5 des Städt. Lebensmittelamtes in Empfang nehmen.

Offenburg, 8. Oktober 1919.
Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Fett-Versorgung.

Ab Freitag wird verkauft:
Margarine, Kopfmenge 100 Gramm (1 Pfd. M. 3.40) gegen die Fettkarte H 30 in sämtlichen Fettverlaufstellen.

Butter, Kopfmenge 50 Gramm (1 Pfd. M. 5.35) gegen die Fettkarte H 32 für die Stunden der Fettverlaufstellen Reinhold, Meier, Rudiger, Spinner, Stürzel, Trischler, Wahl und Janger.

Anmerkungen für die Sandlungen: Margarine und Butter werden morgen nachmittags von 1-4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben.

Offenburg, den 8. Oktober 1919.
Städt. Lebensmittelamt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.